

Alles gegen links

Kolumbien bricht mit Kuba und Nicaragua

Von Adrian Müller Peña

Es war zu erwarten. Kolumbiens designierter extrem rechter Präsident Abelardo de la Espriella will die diplomatischen Beziehungen zu Kuba und Nicaragua beenden. In sozialen Netzwerken hat er am Sonntag angekündigt, nach seinem Amtsantritt insgesamt 15 kolumbianische Konsulate und mindestens 14 Botschaften zu schließen. Zu den betroffenen Vertretungen gehören jene in den Ländern Aserbaidschan, Tschechien, Äthiopien, Haiti, Ungarn, Rumänien, Senegal und Südafrika. De la Espriella versichert, dass es sich in diesen Fällen nicht um einen Abbruch der Kontakte handle, sondern eher um eine Umgestaltung des Auswärtigen Dienstes Kolumbiens. Dieser solle straffer und »effizienter« werden.

Für die Betreuung und Unterstützung kolumbianischer Bürger sollen dann andere diplomatische Vertretungen Kolumbiens einspringen. Diese sollen wiederum in den ersten 100 Tagen de la Espriellas Amtszeit einer Betriebsprüfung unterzogen werden, um ihre zukünftige finanzielle »Tragfähigkeit« sicherzustellen. Dabei betonte der künftige Präsident die harte Linie gegenüber Havanna und Managua. Unter seiner Regierung – die zuletzt zusammen mit den USA eine Wiederaufnahme des Krieges gegen Drogenkartelle und Guerillas im Rahmen eines [»Plan Patriota 2.0«](#) beschlossen hatte – werde es »keinerlei Verbindungen zu Tyranneien geben«.

Zu Israel aber schon. Denn schon am 15. Juli verkündete der künftige Präsident, dass er die kolumbianische Botschaft in Israel erneut eröffnen werde. Die Wiedereröffnung solle jedoch in Jerusalem erfolgen, nicht in der international anerkannten Hauptstadt des Landes, Tel Aviv. Die von seinem Vorgänger Gustavo Petro und dessen linker Regierung geplante diplomatische Vertretung in Palästina solle dagegen ausgesetzt werden.

Mit seinen diplomatischen Entscheidungen reiht sich de la Espriella nahtlos in die Reihe zuletzt angetretener rechter pro-US-amerikanischer Regierungen des Doppelkontinents ein. Schon im März hatten [Costa Rica und Ecuador](#) ihre diplomatischen Beziehungen zur sozialistischen Inselrepublik abgebrochen. Kurz davor waren es [Honduras und Jamaika, die dem Druck der Vereinigten Staaten nachgaben](#) und ihre langjährigen medizinischen Kooperationsabkommen mit Kuba aussetzten, die auch den Einsatz kubanischer Ärztemissionen mit Hunderten Fachkräften vorsahen.

Auch die Rhetorik, mit der de la Espriella diese Entscheidungen rechtfertigt, steht im Einklang mit Äußerungen seiner zukünftigen rechten Amtskollegen in der Region. Wirtschaftlich gehe es um Abbau von Bürokratie, Bekämpfung von Ineffizienz und Förderung von Investitionen durch ausländische Großunternehmen. Diplomatisch ordnet man sich auf regionaler und internationaler Ebene den Interessen der USA unter und bekennt sich zum

Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus. Zuletzt gehörte dazu auch ein Gesetzentwurf im kolumbianischen Kongress, mit dem »Antikommunistische Wochen« als Pflichtprogramm an den Schulen etabliert werden sollen. Ähnliche Projekte haben bisher im US-Bundesstaat Florida Schule gemacht.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526877.kolumbien-alles-gegen-links.html>